

Antworten des Forum Fairer Handel auf Fragen der Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 4.4.2011 zum Thema „Welternährung“

1. Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Ursachen und Lösungsansätze für die Zahl von einer Milliarde Hungernder bei einer rechnerisch für die Gesamtbevölkerung ausreichenden Produktion an Kilokalorien?

2002 rechnete die FAO in ihrem Bericht „Stand der Ernährungsunsicherheit in der Welt“ vor, dass die derzeitige Menge an Nahrungsmitteln ausreichen würde, um 12 Milliarden Menschen, also fast das Doppelte der heutigen Weltbevölkerung, mit durchschnittlich 2.100 Kilokalorien und somit mit ausreichend Nahrungsmitteln zu versorgen.

Tatsächlich leiden aktuell rund eine Milliarde Menschen weltweit unter Hunger und Armut. Vier Fünftel dieser Menschen leben auf dem Land. Mehr als die Hälfte der Hungernden sind Kleinbauernfamilien. Weitere 20% sind landlose Landarbeiter, die oft nur mit saisonalen Arbeitsbeziehungen ein Einkommen erwirtschaften. Hunger ist also ein ländliches Phänomen. Obwohl die Menschen in der Produktion von Agrargütern beschäftigt sind, reicht ihr Einkommen nicht aus, um sich und ihre Familien mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Um den Hunger zu bekämpfen, ist es daher vordringlich, Einkommensmöglichkeiten in ländlichen Gebieten zu schaffen und in die ländliche Entwicklung zu investieren. Der Faire Handel leistet seit 40 Jahren einen Beitrag zu Armutsbekämpfung und Entwicklung in ländlichen Räumen. Sei es durch langfristige Lieferbeziehungen, faire Preise und Entwicklungsprämien, durch Möglichkeiten der Vorfinanzierung, Beratung und Begleitung, z. B. bei der Umstellung auf Bio-Anbau, oder durch die Unterstützung bei der Selbstorganisation. Zahlreiche Beispiele belegen, wie Produzenten des Fairen Handels die Lebens- und Arbeitsbedingungen für sich, ihre Familien bis hin zu ganzen Dorfgemeinschaft verbessern konnten.¹ Dabei stellen die Fair-Handelspartner im Süden das wirtschaftliche Potenzial kleinbäuerlicher Landwirtschaft unter Beweis: Unter fairen Rahmendbedingungen sind Kleinproduzenten in der Lage, die Qualität ihrer Produkte zu verbessern, die Produktionsmengen auszuweiten und in ihre eigene Entwicklung zu investieren.

In den letzten Jahrzehnten litten Kleinbauern in Lateinamerika, Afrika und Asien stark unter volatilen und zeitweise extrem niedrigen Weltmarktpreisen. Die Preise für Agrargüter sanken zum Teil unter die Produktionskosten. Der landwirtschaftliche Sektor war für private Investitionen daher unattraktiv. Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank drängten zudem staatliche Investitionen in den landwirtschaftlichen Sektor immer weiter zurück. Dies erschwerte den Kleinbauern u.a. den Zugang zu Saatgut und Düngemittel. Gleichzeitig wurden im Rahmen der WTO die Handelsschranken für Agrarprodukte stark herabgesetzt. Entwicklungsländer mussten ihre Märkte für Billigimporte öffnen. Subventionierte Lebensmittel aus den industrialisierten Ländern verdrängten Kleinbauern von den heimischen Märkten.

Um den Hunger zu bekämpfen, ist es wichtig, faire politische Rahmenbedingungen für Landwirtschaft und Welthandel zu schaffen. Dabei sollte das wirtschaftliche Potential kleinbäuerlicher Landwirtschaft genutzt werden, um Einkommen im ländlichen Raum zu schaffen.

¹ S. Hintergrundpapier des Forum Fairer Handel (Hrsg.): „Beitrag des Fairen Handels zu ländlicher Entwicklung“, Dezember 2010. www.forum-fairer-handel.de

3. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um in Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung die Entwicklung der Landwirtschaft sowie den regionalen und lokalen Handel mit Lebensmitteln in den Entwicklungs- und Schwellenländern weiter zu fördern, insbesondere mit Blick auf die Agrarpolitik und Agrarforschung in Deutschland und Europa?

Es ist wichtig, dass die weltweite Hungerbekämpfung politische Priorität hat, auch bei der europäischen Agrarpolitik. Dafür ist es unabdingbar, bei der anstehenden Reform deren weltweite Auswirkungen in den Blick zu nehmen. Entwicklungspolitische Maßnahmen zur Förderung ländlicher Räume und der Ernährungssicherung dürfen nicht durch andere Politiken konterkariert werden. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie dürfen dem Ziel der Armutsbekämpfung nicht übergeordnet werden.

Die Lösung der aktuellen Ernährungsprobleme liegt nicht in einer Produktionsausweitung in Europa und steigenden Agrarexporten. Die Wachstums- und Weltmarktorientierung der Gemeinsamen Agrarpolitik schadet Kleinbauern in Entwicklungsländern. Eine nachhaltige Ernährungssicherung ist nur dann möglich, wenn die Entwicklungsländer ihre eigene Produktion stärken, ihre Abhängigkeit von Importen reduzieren und sich vor zunehmenden Preisschwankungen und Billigimporten auf den Weltagrarmärkten schützen können.

Die anstehende Reform der europäischen Agrarpolitik sollte die entwicklungspolitischen Auswirkungen der agrarpolitischen Instrumente stärker in den Blick nehmen und darauf ausgerichtet sein, die negativen entwicklungspolitischen Effekte der Subventionspolitik zu minimieren (S. hierzu im Detail: Antwort auf Frage 10).

Gerade angesichts des Klimawandels und der schwierigen Ernährungssituation kommt der Agrarforschung eine besondere unterstützende Rolle für die Landwirtschaft weltweit zu. Es gilt lokal angepasste Lösungen auf die Herausforderungen des Klimawandels zu entwickeln. Dabei sollte eine enge Verzahnung zwischen Landwirtschaft und Agrarforschung angestrebt werden. Die Agrarforschung sollte das reiche traditionelle Wissen von Bauern stärker nutzen. Gleichzeitig müssen Bauern geschult und weitergebildet werden in nachhaltigen Anbaumethoden.

10. Welche Auswirkungen haben Ihrer Meinung nach die immer noch vorhandenen EU-Agrarexportsübventionen sowie die handelsverzerrenden innereuropäischen Marktstützungen auf die Lebenssituation vieler Menschen in den Entwicklungsländern?

Die Agrarpolitik der EU hat erhebliche Auswirkungen nicht nur auf die Situation der Landwirtschaft in Europa, sondern weltweit und insbesondere auch auf Kleinbauern in Entwicklungsländern. Zwar sind die Agrarexportsübventionen seit 1995 erheblich gesunken, aber die Sübventionen an die europäische Landwirtschaft und die Niedrigpreispolitik durch Produktionssteigerung und öffentliche Interventionskäufe – in Kombination mit dem Liberalisierungsdruck auf die Entwicklungsländer, der im Rahmen von bilateralen und multilateralen Handelsabkommen ausgeübt wird – haben die gleiche Wirkung wie Exportsübventionen.

Die Produkte der europäischen Landwirtschaft gelangen in großen Mengen und zu Preisen unterhalb der lokalen Produktionskosten auf Märkte in Entwicklungsländern, die nicht mehr durch Zölle geschützt werden können. Die einheimischen Kleinbauern sind mit ihren Produkten auf den lokalen Märkten nicht mehr konkurrenzfähig, der Verlust des Marktzugangs und sinkende Preise verringern das Einkommen, führen zum Rückgang heimischer Produktion, machen abhängig von Nahrungsmittelimporten und schwankenden Weltmarktpreisen und verletzen damit das Recht auf Nahrung von Produzenten und Konsumenten, weil die Versorgung der Bevölkerung durch die einheimische Landwirtschaft nicht mehr möglich ist.

Exportsubventionen müssen bedingungslos und sofort abgeschafft werden und als Rechtsinstrument aus den Marktordnungen gestrichen werden. Sie dürfen nicht durch andere Exportförderungsmaßnahmen, wie z.B. Exportkredite ersetzt werden. Bei der Gestaltung der verbleibenden Subventionen müssen die Auswirkungen auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft im Süden berücksichtigt werden. Die Stützung oder der Schutz von Agrarprodukten durch produktspezifische Subventionen, Zölle oder Mengenregulierungen darf nicht zur Quersubventionierung von Exporten beitragen. Für stark gestützte Produktlinien, ist der Export von Teilprodukten zu verbieten oder mit einer Exportsteuer zu belegen, welche das Unterstützungsniveau abschöpft, oder die Mengensteuerung entsprechend restriktiv anzupassen.

Maßnahmen zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die nicht der ökologischen Modernisierung von Betrieben dienen, müssen gestrichen werden. Insbesondere Investitionsbeihilfen zur Kapazitätssteigerung in exportorientierten Bereichen, wie z.B. der Schweinehaltung, Milch-, Geflügel- und Getreideproduktion, sollten abgeschafft werden.

18. Wie könnte ein an den Bedürfnissen der Klein- und Kleinstbauern in den Entwicklungsländern ausgerichtetes Konzept standortgerechter Landwirtschaft aussehen, das unter Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien, die Nahrungsmittelversorgung und die Einkommen der Landwirte vor Ort langfristig sichert?

Das Ergebnis des Weltagrarberichts ist unmissverständlich: Ohne die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft vor Ort kann das Hungerproblem nicht gelöst werden. Wo Kleinbauern genügend Zugang zu Land, Wasser und anderen Produktionsmitteln haben, produzieren sie einen deutlich höheren Nährwert pro Hektar als die industrielle Landwirtschaft. Und dies mit erheblich geringerem externen Input und einer geringeren Umweltbelastung. Dabei macht es für den Klimaschutz einen bedeutenden Unterschied, ob synthetische Düngemittel und Pestizide oder agrarökologische und standortangepasste Anbauverfahren eingesetzt werden.

Der Faire Handel setzt sich weltweit dafür ein, dass die besondere Rolle der Kleinbauern bei der Umsetzung des Rechts auf Nahrung in den Blick genommen wird. Die politischen Rahmenbedingungen sollten so gestaltet sein, dass diese ihr wirtschaftliches Potential entfalten und einen effektiven Beitrag zu Hunger- und Armutsbekämpfung leisten können. Gerade in Entwicklungsländern haben kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft großes Potenzial, die Ernährungssituation zu verbessern.

Der Faire Handel verfügt über praktische Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kleinproduzenten im Süden. Seine entwicklungspolitischen Wirkungen sind vielfach in Studien nachgewiesen worden. Er unterstützt die Kleinproduzenten bei der Erhöhung von Qualität und Menge ihrer Produktion, der Organisationsentwicklung, bei der Diversifizierung ihrer Produktion und bei der Verwirklichung von sozialen Projekten.² Aktuell boomt der Absatz fair gehandelter Produkte weltweit. Die Integration neuer Produzentengruppen stellt eine große Herausforderung dar. Produzenten, die den Prinzipien des Fairen Handels folgen wollen, sollten unterstützt werden, insbesondere bei der Organisationsentwicklung aber auch bei der Verbesserung ihrer Produktion. Zum Teil leisten das schon heute Fair-Handels-Importeure sowie FLO (Fairtrade International).

² Eine Auswertung unterschiedlicher Wirkungsstudien und eine ausführliche Aufarbeitung der Wirkungsweisen des Fairen Handels in Bezug auf ländliche Entwicklung liefert das Hintergrundpapier des Forum Fairer Handels (Hrsg.): „Beitrag des Fairen Handels zu ländlicher Entwicklung“, Dezember 2010. www.forum-fairer-handel.de

Darüber hinaus wären flankierende staatliche Maßnahmen zur Förderung von Produzentenorganisationen, die unter Einhaltung von internationalen Sozial- und Umweltstandards produzieren möchten, hilfreich. Dabei ist Fairer Handel nicht nur ein Modell für den Süd-Nord-Handel. Fair gehandelte Produkte finden zunehmend auch einen Markt in Ländern des Südens. Diese Entwicklung sollte unterstützt werden.

Die Qualifizierung von lokalen/regionalen Wertschöpfungsketten und die Unterstützung beim Aufbau von lokalem/regionalem Handel müssen grundsätzlich stärker in den Blick genommen und gefördert werden. Der Faire Handel setzt sich besonders dafür ein, die Organisationen von Kleinbauern zu stärken und in ihre Aus- und Fortbildung zu investieren (z. B. in den Bereichen Qualitätsmanagement, Weiterverarbeitung und Produktdiversifizierung). Außerdem sollten die Bauern bei der Einführung umweltverträglicher und möglichst nachhaltiger Anbaumethoden sowie bei der Planung und Durchführung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel unterstützt werden.